

Gemeinde Löchgau



BEBAUUNGSPLAN
und örtliche Bauvorschriften
"SPORTGELÄNDE - 2. Änderung"

im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB

Die Übereinstimmung des Lageplans mit
dem Liegenschaftskataster bescheinigt
Stand 06.07.2013
Bietigheim-Bissingen, den 27.11.2015

Rauschmaier Ingenieure GmbH
Beratende Ingenieure für
Bau- und Vermessungswesen,
Grün- und Stadtplanung
Tannenbergstraße 43
74321 Bietigheim-Bissingen

Bebauungsplanentwurf ausgearbeitet:
Bietigheim-Bissingen, den 27.11.2015/b/kah

Rauschmaier Ingenieure GmbH

Hinweis Ziffer 4.3 ergänzt
Bietigheim-Bissingen, den 14.04.2016/kah

Rauschmaier Ingenieure GmbH

Anlagen:

Anlage 1 Lageplan und Textteil

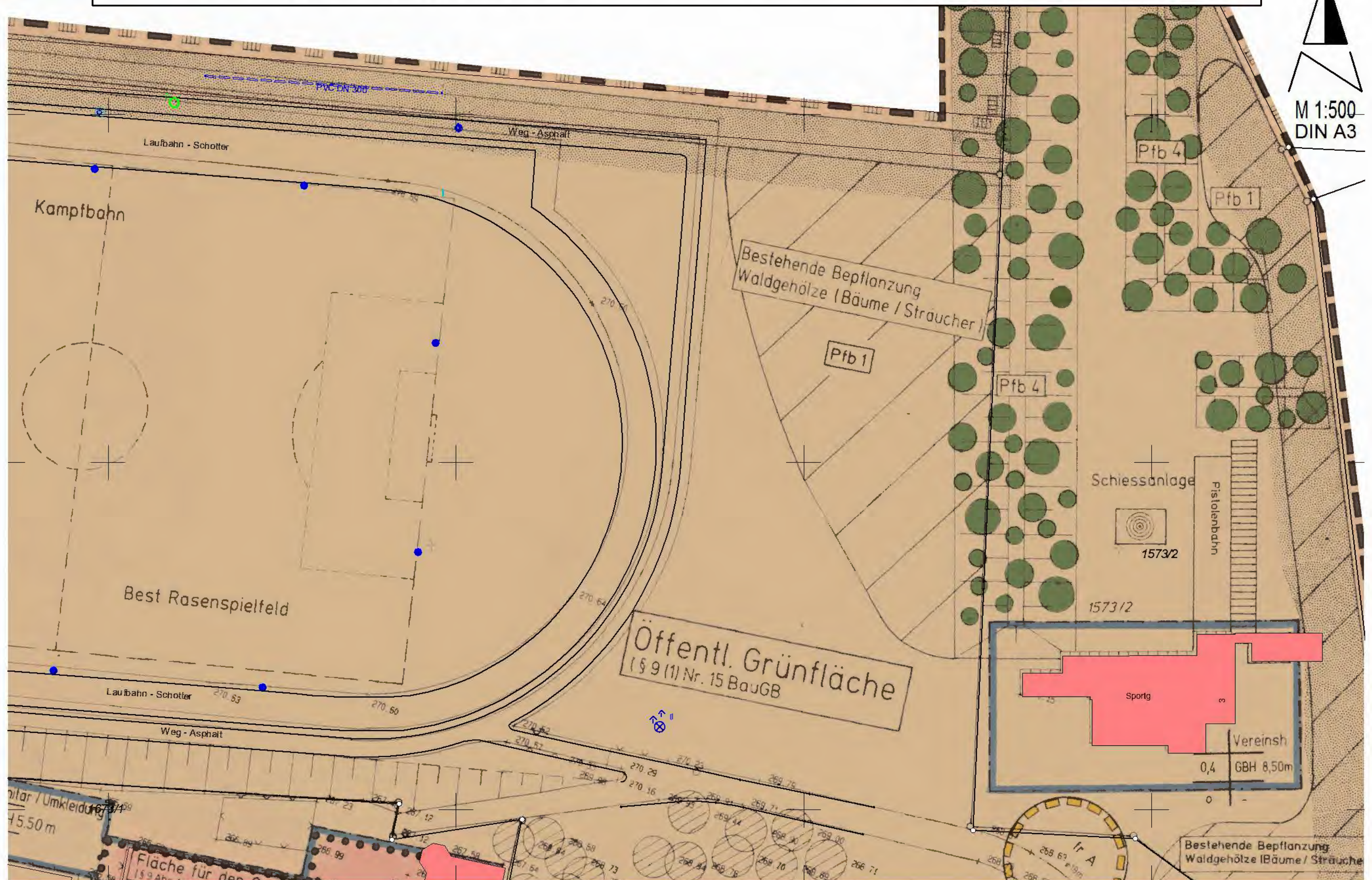
Anlage 2 Begründung mit

Nachrichtlich rechtsverbindlichen Textteil „Sportgelände 1. Änderung“

Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vom August 2015

Geotechnisches und abfalltechnisches Gutachten vom 27.07.2015

Anlage 3 Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung

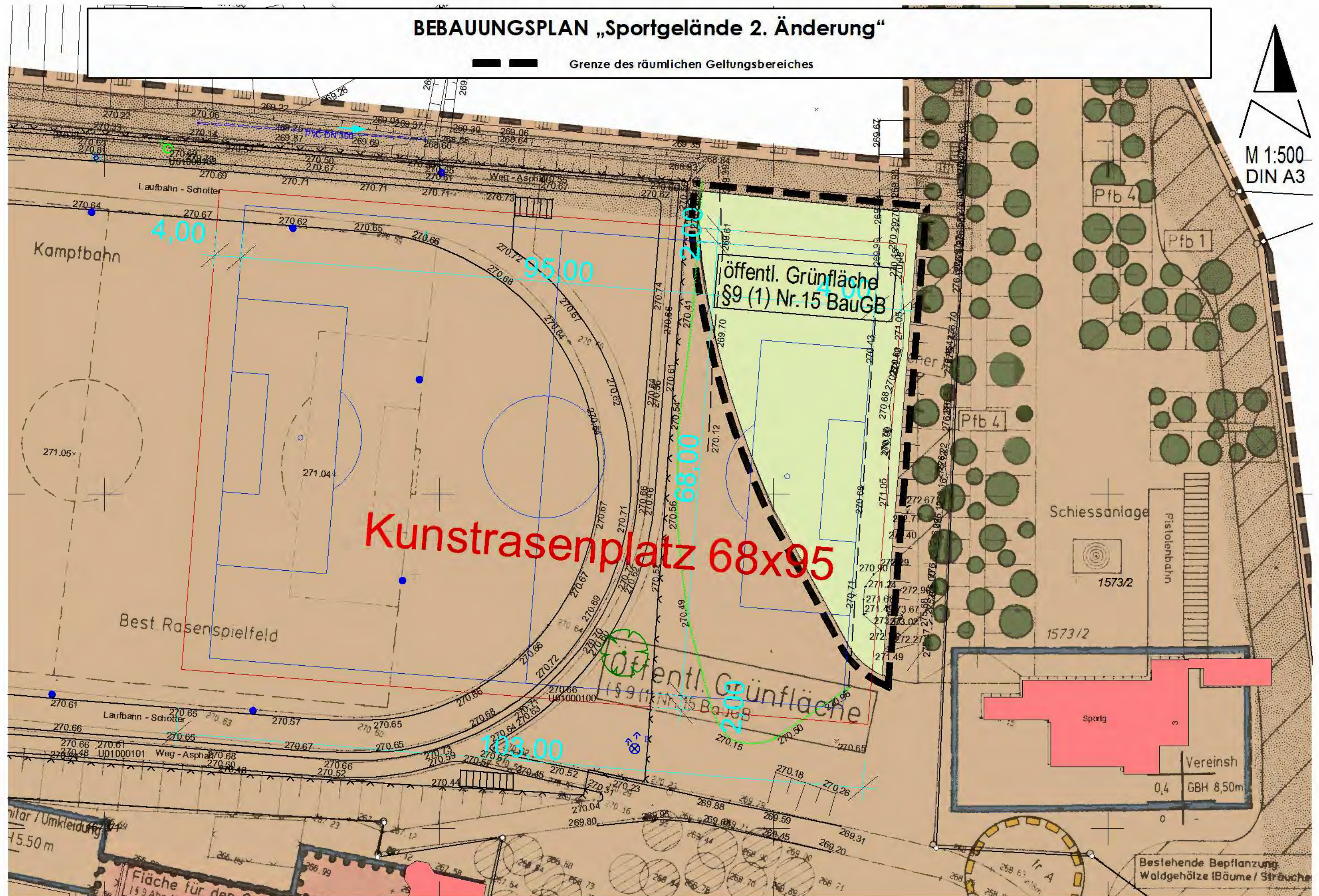


M 1:500
DIN A3

BEBAUUNGSPLAN „Sportgelände 2. Änderung“

— Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

M 1:500
DIN A3



A) RECHTSGRUNDLAGEN

1. das **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722),
2. die **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548),
3. die **Planzeichenverordnung** 1990 (PlanzV 90) v. 18.12.1990 (BGBl. 1991 I. S.58), geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509),
4. die **Landesbauordnung** für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 05.03.2010 (GBl. 2010 Nr. 7 S. 358), berichtigt am 25.05.2010 (GBl. 2010 S.416), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.11.2014 (GBl. S. 501).

B) ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

Mit Inkrafttreten der zeichnerischen Festsetzungen in dem Geltungsbereich der 2. Änderung, treten die entsprechenden, bisher gültigen zeichnerischen Festsetzungen in diesem Geltungsbereich außer Kraft. Die übrigen zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes „Sportgelände 1. Änderung“, rechtsverbindlich seit dem 07.11.1996 bleiben unverändert und gelten fort.

C) TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Die seit dem 07.11.1996 rechtsverbindlichen textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes „Sportgelände 1. Änderung“ bleiben unverändert und gelten fort. Er wird wie folgt ergänzt:

1.12 AUSGELICHSMABNAHMEN

Zum naturschutzrechtlichen und forstrechtlichen Ausgleich werden auf den Flst. 2922 und 2923 Aufforstungsmaßnahmen (mit Wiesenfläche über der Bodenseewasserleitung) durchgeführt

4.7 ARTENSCHUTZRECHTLICHE VORSCHRIFTEN

Auf die Vorschriften des Artenschutzes (§§ 39 ff BNatSchG, geschützte Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie) wird hingewiesen. Soweit Gehölze gerodet oder Bausubstanz abgebrochen werden soll, ist rechtzeitig vorher zu prüfen, ob gebäude- oder höhlenbewohnende Arten betroffen sind.

Zum besonderen Schutz von Kleintieren sind Keller-, Licht- und andere Schächte mit feinmaschigem, rostfreien Drahtgeflecht gegen Hineinfallen abzusichern (Maschenweite unter 0,5 cm). Zäune sind mit einer Bodenfreiheit von 10 cm auszustatten.

Zum Schutz der nachtschwärmenden Insekten sind spezielle Außenbeleuchtungen empfohlen.

4.8 WALD

Die Pflanzbindung 1 (Pfb1) wird als Wald im Sinne des Waldgesetzes angesehen. Eine generelle Umwandlungserklärung wurde von den Körperschaftsforstdirektion Großbottwar mit Schreiben vom 10.11.1995, Az.: 2511B erteilt (oder in dem Schreiben auf diese hingewiesen). Eine spezielle Umwandlungsgenehmigung ist vor dem Abholzen zu beantragen.

VERFAHRENSVERMERKE

- | | |
|--|---|
| 1. Aufstellungsbeschluss | gemäß § 2 Abs.1 und § 13 BauGB durch Gemeinderat
am 08.10.2015 |
| 2. Ortsübliche Bekanntmachung
des Aufstellungsbeschlusses | im Amtsblatt Nr. am 15.10.2015 |
| 3. Bürgerbeteiligung | gemäß § 3 BauGB erfolgte durch Planoffenlage
vom bis |
| 4. Beteiligung der Behörden | gemäß § 4 BauGB durch Schreiben vom
Frist zur Stellungnahme bis 20.11.2015 |
| 5. Auslegungsbeschluss | gemäß § 3 Abs.2 und § 13a BauGB durch Gemeinderat
am 21.01.2016 |
| 6. Ortsübliche Bekanntmachung
der Entwurfsauslegung | gemäß § 3 Abs.2 BauGB im Amtsblatt Nr.
am 28.01.2016
Auslegung vom 05.02.2016 bis 07.03.2016
Behördenanschreiben vom |
| 7. Satzungsbeschluss | gemäß § 10 Abs.1 BauGB durch Gemeinderat
am |

Ausgefertigt

Die textlichen und zeichnerischen Aussagen dieses Original-Bebauungsplanes stimmen mit dem Willen des Gemeinderates, wie er im Beschluss vom..... zum Ausdruck kommt, überein.

Löchgau, den

- Feil - Bürgermeister

- | | |
|--|---|
| 8. Ortsübliche Bekanntmachung
des Satzungsbeschlusses | gemäß § 10 Abs. 3 BauGB im Amtsblatt
Nr. am |
| 9. In Kraft getreten | am |

Zur Beurkundung

Löchgau, den

- Feil - Bürgermeister

1. Lage im Raum

Das Plangebiet liegt im nordwestlichen Bereich von Löchgau zwischen Sportplatz und Schießanlage nördlich der Straße nach Freudenthal.



2. Ziel und Zweck der Planung

Für den Fußballbetrieb stehen in Löchgau derzeit ein Rasen sowie ein Kunstrasenspielfeld und ein Kleinspielfeld zur Verfügung. Dies erscheint angesichts des derzeitigen Bedarfes, insbesondere wegen der sehr guten Jugendarbeit des Vereins, nicht ausreichend. Aus diesem Grund steht seit Längerem das Bestreben im Raum, die Sportplatzkapazitäten durch den Bau eines weiteren Kunstrasenspielfeldes zu vergrößern. Der bestehende Rasenplatz steht witterungsbedingt nur ca. 7 Monate zur Verfügung; bei einem Kunstrasenplatz kann von einer Nutzung über 11 Monate ausgegangen werden. Als Beurteilungsgrundlage wird vom Fußballverein geltend gemacht, dass ein Kunstrasenplatz ca. 880 Stunden pro Jahr für den Trainingsbetrieb zur Verfügung steht, wohingegen ein Naturrasen nur 480 Stunden/Jahr genutzt werden könne. Derzeit nehmen 21 Mannschaften im Spiel- und Trainingsbetrieb teil, der auf den derzeitigen Plätzen insbesondere im Winter nicht zufrieden stellend darstellbar sei.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Gemeinderat beschlossen, das Jahr 2015 für die Planungen einer Sportplatzerweiterung zu nutzen. Daneben ist vorgesehen, über eine Umsetzung der Maßnahme im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2016 zu entscheiden. Um die zeitliche Abfolge zu ermöglichen, ist die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens erforderlich, weil nur dann die Erkenntnisse der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung in der Entscheidungsfindung einbezogen werden können.

Da die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, ist das vereinfachte bzw. das beschleunigte Verfahren anwendbar.

3. Variantenuntersuchung:

Ein Standort abseits der bestehenden Sportanlagen ist aus Gründen der Effektivität des Sportbetriebes nicht sinnvoll. Er ist auch aus Gründen des Lärmschutzes und der dann neu zu bauenden Infrastruktur aus ökologischen Gründen nicht weiter untersucht worden. Innerhalb des Geländes wurden fünf Varianten untersucht:

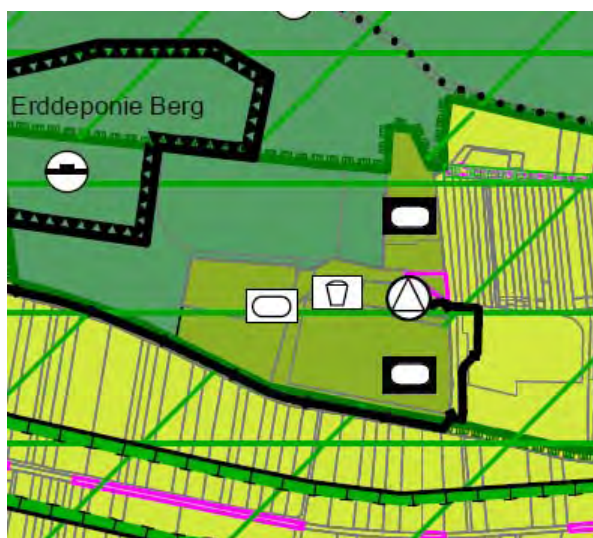




Die einzige Variante, bei der die Umbaukosten im Rahmen bleiben und die keine Eingriffe in das benachbarte Landschaftsschutzgebiet im Norden oder das Waldbiotop im Süden erforderlich waren, ist die, bei der die Fläche zwischen dem bestehenden Sportplatz und der Schießanlage genutzt werden kann.

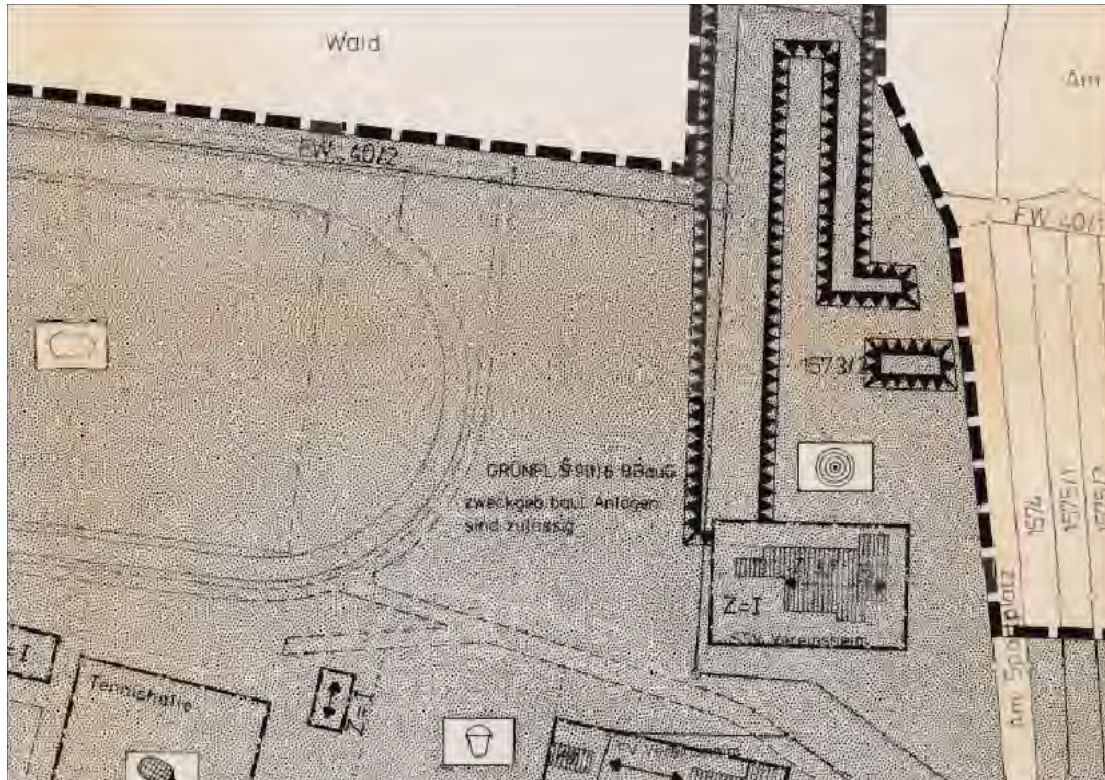


4. Vorbereitende Bauleitplanung und benachbarte Festsetzungen:



In dem seit dem 18.07.2006 rechtswirksamen Flächennutzungsplan ist die Fläche als Wald ausgewiesen. Die Übernahme des seit dem 07.11.1996 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes „Sportgelände 1. Änderung“ wurde übersehen und soll bei der nächsten Änderung nachgeholt werden. Im Plangebiet der 2. Änderung wird der Flächennutzungsplan gem. § 13a Abs.2 Nr.2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Das Plangebiet ist allseits von dem Bebauungsplan „Sportgelände 1. Änderung“ rechtsverbindlich seit dem 07.11.1996 umgeben, der bereits Sportanlagen als öffentliche Grünfläche festsetzte. Er ersetzte den seit dem 25.08.1977 rechtsverbindlichen Bebauungsplan „Sportgelände“, der an dieser Stelle ebenfalls Sportflächen mit zweckgebundenen baulichen Anlagen vorgesehen hatte



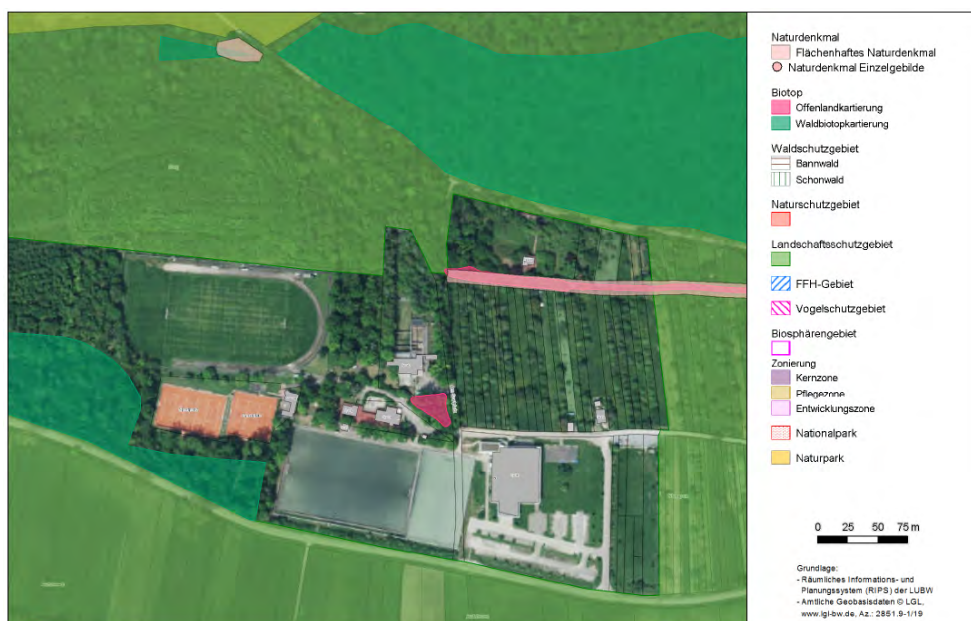
5. Festsetzungen

Die Festsetzungen mussten nur insoweit geändert werden, als die Fläche mit der Pflanzbindung in öffentliche Grünfläche ohne Pflanzbindung umgewandelt wurde. Außerdem wurde zwei Hinweise auf mittlerweile geänderte Gesetze ergänzt.

6. Erschließung und Bodenordnung

Zusätzliche Erschließungsmaßnahmen sind nicht erforderlich, eben so wenig wie bodenordnende Maßnahmen, die Flächen sind bereits im Eigentum der Gemeinde.

7. Belange der Umwelt



Besondere Biotope sind im Plangebiet der Änderung nicht vorhanden.

Als Ausgleich für die entfallenden Bäume und die zusätzlichen Eingriffe in das Schutzgut Boden ist geplant, Teile des Flst. 2922 und das Flst 2923 Gemarkung Löchgau (am Königsstraße) aufzuforsten.



Benötigt wird eine Fläche von 4004 m².

8. Kosten

An Kosten fallen die Neubaukosten des Kunstrasenspielfeldes an. Die Restfläche soll als Trainingsfeld erhalten bleiben, für den ebenfalls geplanten Ausbau eines weitere Kunstrasenspielfeldes stehen die Mittel derzeit nicht zur Verfügung.

Außerdem sind die Aufforstungskosten und die Genehmigungskosten zu tragen.

Nachrichtlich:

TEXTTEIL ZUM BEBAUUNGSPLAN „SPORTGELÄNDE - 1. ÄNDERUNG“

A) RECHTSGRUNDLAGEN

1. das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl.I.S.2253), zuletzt geändert durch Art.2 des MagnetschwebbahnplanungsG vom 23.11.1994 (BGBl.I.S.3486),
2. die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl.I.S.132), geändert durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990 i.V.m. Gesetz vom 23.09.1990 (BGBl.II.S. 885, 1124) und zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl.I.S.466),
3. die Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) v.18.12.1990 (BGBl.1991 I.S.58)
4. die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 08.08.1995 (GBl.S. 617),
5. das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 12.03.1987 (BGBl.I S.889), geändert durch Gesetz vom 12.02.1990 (BGBl.I S.205), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl.I S.466),
6. das Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG) in der Fassung vom 29.03.1995 (GBl.S.385).

B) RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der Bebauungsplan setzt die Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs.7 BauGB). Sämtliche innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Bebauungsplans bisher bestehenden planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen, sowie frühere baupolizeiliche Vorschriften der Gemeinde werden aufgehoben.

C) TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

1. **PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN** § 9 Abs.1 BauGB
 - 1.1 **MAß DER BAULICHEN NUTZUNG § 9Abs.1 Nr.1 in Verb mit Abs.2 BauGB**
- nach Eintrag im Lageplan -
 - 1.1.1 Erdgeschoßfußbodenhöhe (EFH) nach § 18 BauNVO als Höchstgrenze.
Die Erdgeschoßfußbodenhöhe in m über NN bindet nur nach oben, nach unten, niederer, kann abgewichen werden.
 - 1.1.2 Grundflächenzahl (GRZ) nach § 19 BauNVO als Höchstgrenze.
 - 1.1.3 Höhe baulicher Anlagen nach § 18 BauNVO als Höchstgrenze
Die Höhe baulicher Anlagen gelten von der im Bebauungsplan festgesetzten, maximalen Erdgeschoßfußbodenhöhe (EFH) oder, wenn diese nicht festgesetzt ist, von einer anderen, von der Baugenehmigungsbehörde festzulegenden EFH bis Oberkante Dachhaut. Bautechnisch bedingte Aufbauten, z.B. Fahrstuhl-schächte, sind bis zu einer Höhe von 4,00 m zusätzlich zulässig.
Flutlichtanlagen sind bis maximal 16,0 m, Ballfangzäune bis maximal 6,0 m Höhe zulässig.

§ 9 Abs.1 Nr. 12 BauGB

1.8 FÜHRUNG VON VERSORGUNGSLEITUNGEN

§ 9 Abs.1 Nr. 15 BauGB

§ 9 Abs.1 Nr. 21 BauGB

§ 9 Abs.1 Nr. 26 BauGB

2. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

§ 9 Abs.4 BauGB in Verbindung mit § 74 Abs.7 LBO

2.1 ANFORDERUNGEN AN DIE ÄUSSERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN

§ 74 Abs.1 Nr.1 LBO

- nach Eintrag im Lageplan -

2.1.1 Dachform und Dachneigung in Altgrad: keine Festsetzungen

2.1.2 Dachdeckung: Zur Dachdeckung sind nur Materialien in gedeckten und nicht reflektierenden Farbtönen zulässig. Dachflächenfenster und Solarenergieanlagen sind zulässig.

2.1.3 Dachaufbauten: Dachaufbauten sind nach Art, Form, Maßstab, Werkstoff und Farbe dem übrigen Gebäude anzupassen. Sie sind zulässig, soweit die geschlossene Wirkung des Hauptdaches nicht beeinträchtigt wird.

2.1.4 Fassadengestaltung: Unverglaste Außenwandflächen sind überwiegend als Putzflächen in gedeckten Farbtönen oder als Holzverschalung auszuführen. Zur Gliederung sind untergeordnete Flächen aus anderem Material und in anderer Farbe zulässig. Stark glänzende, grellfarbige und reflektierende Materialien sind unzulässig. Wandbegrünungen mit Kletterpflanzen oder bewachsenen Spalieren sind zulässig.

2.2 ANFORDERUNGEN AN WERBEANLAGEN

§ 74 Abs.1 Nr.2 und § 11 Abs.4 LBO

Werbeanlagen, die von der freien Landschaft aus einsehbar sind, sind nicht zulässig.

2.3 ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG UND NUTZUNG DER UNBEBAUTEN FLÄCHEN DER BEBAUTEN GRUND-STÜCKE SOWIE ÜBER ART, GESTALTUNG UND HÖHE VONEINFRIEDIGUNGEN

§ 74 Abs.1 Nr.3 LBO

2.3.1 Einfriedigungen gegen die öffentlichen Verkehrsflächen: Der Zaun des Hundesportplatzes ist zur öffentlichen Straße hin auf 1,5 m zu erhöhen und davor zu bepflanzen.

2.3.2 Müllbehälterstandplätze: Die Müllbehälterstandplätze sind durch Einfassung, Sichtblenden oder Bepflanzungen allseitig abzuschirmen; diese Abschirmung muß auch geeignet sein, die Müllbehälter gegen direkte Sonneneinstrahlung zu schützen. Die Einfassungen sind aus Holz oder verputztem Mauerwerk auszuführen.

2.3.3 Flächen für Stellplätze und Festplatz: Ortbeton und Asphalt sind als Oberflächenabschluß nicht zulässig. Die Befestigung muß wasserdurchlässig sein, z.B. Rasenpflaster, Schotterrasen, Pflaster in Splitt oder Sand verlegt sowie wassergebundene Decken.

2.4 ANLAGEN ZUM SAMMELN VON NIEDERSCHLAGSWASSER

§ 74 Abs.3 Nr.2 LBO

Das von den Dachflächen abfließende Regenwasser (Traufwasser) ist vor Verunreinigungen zu schützen und in die dafür vorgesehenen Gräben einzuleiten. Es kann in einer Zisterne gespeichert und genutzt werden.

3. GRÜNORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

3.1 PFLANZGEBOTE Ausgleichsmaßnahmen nach § 8a Abs.1 BNatSchG in Verbindung mit § 9 Abs.1 Nr.25a BauGB

3.1.1 Hochstämmige großkronige Laubbäume - Pfg 1 - Im Bereich der im Lageplan angegebenen Standorte sind großkronige, standortgerechte, heimische Laubbäume zu pflanzen und zu unterhalten. Die Standorte können aus funktionalen Gründen um bis zu 5 m verschoben werden, die Anzahl ist jedoch bindend. Folgende Baumarten werden dieser Forderung gerecht:

Spitzahorn	Acer platanoides
Holzapfel	Malus sylvestris (kleinkronig)
Waldkirsche	Prunus avium
Traubenkirsche	Prunus padus
Holzbirne	Pyrus pyraeaster (kleinkronig)
Stieleiche	Quercus robur
Speierling	Sorbus domestica (kleinkronig)
Winterlinde	Tilia cordata

Hochstämmige und großkronige Obstbäume können ebenfalls gepflanzt werden.

3.1.2 Hochstämmige Obstbäume - Pfg 2 -

Auf der im Lageplan eingetragenen Standorten sind hochstämmige Obstbäume im Abstand von etwa zehn Metern zu pflanzen und zu unterhalten. Der Untergrund ist als Naturwiese anzulegen und maximal dreimal im Jahr zu mähen. Folgende Obstarten werden empfohlen:

Apfelhochstämme	Birnenhochstämme
Bittenfelder	Oberösterreichische Weinbirne
Gewürzluiken	Gelbmöstler
Brettacher Sämling	Champagner-Bratbirne
Bohnapfel	Alexander-Lucas
Haux-Apfel	Pastorenbirne
James Grieve	Gute Luise
Berlepsch	Conference
Brettacher	Gellerts Butterbirne
Champagner-Renette	

Weitere heimische Obstarten, wie z.B. Kirschen oder Pflaumen sind zulässig.

3.1.3 Außenwandbegrünung durch Rankgewächse und Strauchgruppen

Außenwandflächen sind punktuell durch Sträucher oder Rankgewächse zu begrünen.

3.1.4 Gehölzstreifen - Pfg 3 -

Auf den gekennzeichneten Flächen sind Bäume und Sträucher in unregelmäßiger Anordnung zu pflanzen. Die Arten sollen landschaftsgerecht und heimisch sein. Die folgenden Arten werden dieser Forderung gerecht:

Bäume:

Spitzahorn	Acer platanoides
Holzapfel	Malus sylvestris (kleinkronig)
Waldkirsche	Prunus avium
Traubenkirsche	Prunus padus
Holzbirne	Pyrus pyraeaster (kleinkronig)
Stieleiche	Quercus robur

Sträucher:	
Feldahorn	<i>Acer campestre</i>
Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Weißdorn, eingeiriffelt	<i>Crataegus monogyna</i>
Hasel	<i>Corylus avellana</i>
Roter Hartriegel	<i>Cornus sanguinea L.</i>
Kornelkirsche	<i>Cornus mas L.</i>
Heckenrose	<i>Rosa canina L.</i>
Schwarzer Holunder	<i>Sambucus nigra</i>
Wolliger Schneeball	<i>Viburnum lantana L.</i>
Gewöhnlicher Schneeball	<i>Viburnum opulus L.</i>

3.1.5 Naturwiesenflächen - Pfg 4 -

Auf den gekennzeichneten Flächen ist eine Wildblumenwiese anzulegen, die, bis auf die Ränder zu den benachbarten Flächen, maximal zweimal im Jahr gemäht werden darf.

3.2 PFLANZBINDUNG

§ 8a Abs.1 BNatSchG in Verb. mit § 9 Abs.1 Nr.25b BauGB

Bei Baumaßnahmen ist zum Schutz der Bäume und Vegetationsflächen die DIN 18920 zu beachten.

3.2.1 Waldgehölze (Bäume und Sträucher) - Pfb 1 -

Die im Lageplan gekennzeichneten, bestehenden Waldgehölze, Bäume und Sträucher, sind zu erhalten und bei Abgang durch gleichartige Anpflanzungen zu ersetzen.

3.2.2 Pflanzbindung für Einzelbäume

Die im Lageplan gekennzeichneten, bestehenden Bäume sind zu erhalten und zu pflegen. Abgehende Bäume sind gleichartig zu ersetzen.

3.2.3 Hochstämmige Obstbäume

Die im Lageplan gekennzeichneten, bestehenden Obstbäume sind zu erhalten und zu pflegen. Abgehende Bäume sind gleichartig zu ersetzen.

3.2.4 Gehölze der Schutzwallpflanzung

Die im Lageplan gekennzeichneten, bestehenden Gehölze der Schutzwallpflanzung sind zu erhalten und zu pflegen und bei Abgang gleichartig zu ersetzen.

4. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME VON FESTSETZUNGEN UND HINWEISE

§ 9 Abs. 6 BauGB

4.1 ERSCHLIESSEN VON GRUNDWASSER UND -ABSENKUNG

Wird bei Bauarbeiten unvorhersehbar Grundwasser erschlossen, ist dies gemäß § 37 Abs. 4 WG der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen und die Arbeiten einstweilen einzustellen. Für eine Grundwasserabsenkung während der Bauzeit ist eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Eine dauernde Grundwasserabsenkung ist nicht zulässig. Drän- und Grundwasser darf nicht in die Ortskanalisation eingeleitet werden. Chemisch wirksame Auftaumittel, wie Salz, dürfen nicht ins Grundwasser gelangen. LKW Standflächen sind flüssigkeitsdicht auszuführen. Abwasser ist in dichten Rohrleitungen der Kläranlage zuzuleiten.

4.2 BODENDENKMALE

Werden beim Vollzug der Planung unbekannte Funde entdeckt, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeindeverwaltung anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Landesdenkmalamt mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist (§ 20 DSchG.). Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 DSchG wird verwiesen.

4.3 BODENSCHUTZ

Auf die Pflicht zur Beachtung der Bestimmungen des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG), insbesondere auf § 4 und § 7, wird hingewiesen.

4.4 ABFALLBESEITIGUNG - ATTLASTEN -

Altlasten sind keine bekannt. Sollten bei der Erschließung des Baugebietes Altablagerungen angetroffen werden, so ist das Amt für Wasser- und Bodenschutz beim Landratsamt Ludwigsburg sofort zu verständigen.

4.5 LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET

Die angrenzenden Flächen unterliegen dem Landschaftsschutz, der in der Verordnung „Ausläufer des Stromberges um Bönningheim, Erligheim, Freudental, Löchgau und Kleinsachsenheim“ rechtskräftig seit dem 30.06.1989 geregelt wurde. Jegliche Handlungen, die dem Schutzzweck zuwider laufen sind nicht erlaubt.

4.6 FLUTLICHTANLAGEN

Flutlichtanlagen sind zum Schutz von nachtaktiven und lichtempfindlichen Insekten nur mit Natriumdampf-Hochdrucklampen zulässig.